

VERORDNUNGSBLATT

für Berlin



Herausgeber: Der Senator für Justiz · Berlin-Schöneberg · Rudolph-Wilde-Platz (Rathaus)

7. Jahrgang Teil I Nr. 15

TEIL I

Ausgabetag 21. März 1951

Gesetze, Verordnungen, Anordnungen

Inhalt

12. 3. 1951	Berichtigung zur I. Nachtragsverordnung vom 22. Januar 1951 zur Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Verwaltungsbezirk Zehlendorf der Reichshauptstadt Berlin vom 19. November 1941	275	12. 2. 1951	Gesetz Nr. 18 — Berlin — 1. Änderung des Gesetzes Nr. 11 des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten	276
13. 3. 1951	Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über aktive Schutzimpfung gegen Maul- und Klauenseuche in Westberlin	275	12. 1. 1951	Durchführungsverordnung Nr. 1 zum Gesetz Nr. 7 des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten (Berufungen in Rückerstattungssachen innerhalb des amerikanischen Sektors von Berlin)	277
14. 3. 1951	Berichtigung zur Anordnung über Höchstpreise für inländische Butter vom 19. Dezember 1950	275	AMERIKANISCHE ZONE		
Der Hohe Kommissar der Vereinigten Staaten für Deutschland BERLIN (Amerikanischer Sektor)			12. 1. 1951	Ausführungsverordnung Nr. 9 zum Gesetz Nr. 59 der Militärregierung (Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände)	277
28. 2. 1951	Verordnung Nr. 505 zur Änderung der Verordnung Nr. 502	276	Militärregierung Berlin (Britischer Sektor)		
			26. 2. 1951	Verordnung Nr. 203 zur Aufhebung der Verordnung über die Wiedereröffnung von Verwaltungsgerichten	277

Berichtigung

zur I. Nachtragsverordnung vom 22. Januar 1951 zur Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen im Verwaltungsbezirk Zehlendorf der Reichshauptstadt Berlin vom 19. November 1941 (VOBl. 1951 I S. 77)

In Zeile 1 muß es anstatt „§§ 5 und 9 des Reichsnaturschutzgesetzes“

„§§ 5 und 19 des Reichsnaturschutzgesetzes“ heißen.

Berlin, den 12. März 1951.

V. 2 66.02 Tgb. Nr. 576/49 G.B.

Der Polizeipräsident in Berlin
als höhere Naturschutzbehörde
Dr. Stumm

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über aktive Schutzimpfung gegen Maul- und Klauenseuche in Westberlin

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund der §§ 18 ff. und 79 Abs. 2 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) folgendes bestimmt:

§ 1

In den Verwaltungsbezirken Westberlins sind nach Anweisung und unter Leitung der beamteten Tierärzte sämtliche Rinderbestände gegen Maul- und Klauenseuche mit

Vakzine der Behringwerke in Marburg an der Lahn schutzimpfen.

§ 2

Die Rinderbestände sind nach der Impfung 14 Tage polizeilich zu beobachten. Ställe und Standorte dürfen in dieser Zeit nur durch den Besitzer, die mit der Pflege und Wartung der Tiere betrauten Personen und Tierärzte betreten werden.

§ 3

Diese Viehseuchenpolizeiliche Anordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 13. März 1951.

Der Senator für Gesundheitswesen
Dr. Conrad

Berichtigung

zur Anordnung über Höchstpreise für inländische Butter vom 19. Dezember 1950 (VOBl. I S. 581)

In § 3 Abs. (1) muß es bei Lieferung durch Molkereien oder Großhandel für 100 kg deutsche Molkereibutter anstatt „530,— DM“ richtig „538,— DM“ heißen.

Berlin, den 14. März 1951.

Pr.A.: 215—2885/50

Der Senator für Wirtschaft und Ernährung
Preisamt
Illmer

**Der Hohe Kommissar
der Vereinigten Staaten
für Deutschland**

BERLIN
(Amerikanischer Sektor)

**Verordnung Nr. 505
zur Änderung der Verordnung Nr. 502**

Es wird hiermit angeordnet:

ARTIKEL 1

Artikel 4, Absatz 1 (c), der Verordnung Nr. 502*) (Beschränkungen in Bezug auf Rechtsgeschäfte und Betätigung von Angehörigen der Alliierten Streitkräfte) erhält folgende Fassung:

„(c) deutsche Zahlungsmittel bis zu den Höchstbeträgen, die kraft allgemeiner Genehmigung auf Grund der Verordnung über Devisenbewirtschaftung und Kontrolle des Güterverkehrs vom 15. Juli 1950 zur Einfuhr oder Ausfuhr zugelassen sind.“

ARTIKEL 2

Artikel 4, Absatz 3, der Verordnung Nr. 502 wird durch Hinzufügung des folgenden Satzes am Ende dieses Absatzes geändert:

„Eine derartige Ermächtigung ist nicht erforderlich im Verkehr zwischen dem amerikanischen Sektor Berlins und dem britischen und französischen Sektor Berlins oder dem Gebiet der Bundesrepublik.“

ARTIKEL 3

Diese Verordnung tritt am 15. März 1951 in Kraft.

Ausgefertigt in

Berlin am 28. Februar 1951.

L. MATHEWSON
General-Major, USA
US Kommandant, Berlin

*) VOBl. 1950 I S. 587

Anmerkung:

Die Verordnung Nr. 505 ist von der Militärregierung Berlin (Britischer Sektor) und von dem Chef der Französischen Militärregierung von Berlin am 28. Februar 1951 für den britischen bzw. französischen Sektor gleichlautend erlassen worden, mit der Abweichung, daß die in Artikel 2 vorgenommene Änderung der Verordnung Nr. 502 lautet:

für den britischen Sektor:

„Eine derartige Ermächtigung ist nicht erforderlich im Verkehr zwischen dem britischen Sektor Berlins und dem amerikanischen und französischen Sektor Berlins oder dem Gebiet der Bundesrepublik.“

für den französischen Sektor:

„Eine derartige Ermächtigung ist nicht erforderlich im Verkehr zwischen diesem Sektor Berlins und dem amerikanischen oder britischen Sektor Berlins oder dem Gebiet der Bundesrepublik.“

Die Schriftleitung.

Amerikanischer Sektor von Berlin

Gesetz Nr. 18 — Berlin

1. Änderung

des Gesetzes Nr. 11 des Hohen Kommissars
der Vereinigten Staaten

Der Hohe Kommissar der Vereinigten Staaten erläßt das folgende Gesetz:

ARTIKEL 1

Gesetz Nr. 11 des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten „Rückführung und Ansiedlung alleinstehender verschleppter Kinder“ wird wie folgt geändert:

a. Artikel 4 erhält folgende Fassung:

„ARTIKEL 4

Ladung

Nach Eingang eines Antrages veranlaßt der Urkunds- und Vollzugsbeamte des Gerichts die Zustellung einer Ladung und einer Abschrift des Antrages an die kraft Gesetzes beteiligten Parteien gemäß den Vorschriften des Artikels 5.“

b. Artikel 5 erhält folgende Fassung:

„ARTIKEL 5

Zustellung

Die Zustellung an eine beteiligte Partei innerhalb des amerikanischen Kontrollgebiets erfolgt in der durch Gesetz für die Zustellung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vor den amerikanischen Gerichten der Alliierten Hohen Kommission bestimmten Form. Die Zustellung an eine beteiligte Partei außerhalb des amerikanischen Kontrollgebiets kann durch eingeschriebenen Brief erfolgen.“

c. Artikel 10 erhält folgende Fassung:

„ARTIKEL 10

Prozeßpfeleger

Nach Einleitung eines Verfahrens auf Grund des Artikels 3 dieses Gesetzes bestellt das Gericht einen Prozeßpfeleger zur Vertretung des Kindes. Der Pfeleger hat die Interessen des Kindes in allen Phasen des Verfahrens wahrzunehmen. Das Gericht kann anordnen, daß einem gemäß diesem Artikel bestellten Prozeßpfeleger eine angemessene Entschädigung zu zahlen ist.“

d. Absatz 2 des Artikels 11 erhält folgende Fassung:

„2. Die dem Gericht anderweitig kraft Gesetzes zustehenden Befugnisse werden durch diesen Artikel nicht berührt.“

e. Artikel 12 erhält folgende Fassung:

„ARTIKEL 12

Verhandlung

Die Verhandlung im Bezirksgericht findet vor einem Bezirksrichter als Einzelrichter statt. Die Form der Verhandlung liegt im Ermessen des Richters.“

f. Artikel 17 erhält folgende Fassung:

„ARTIKEL 17

Mißachtung des Gerichts

Die gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich der Befugnis der Bezirksrichter zur Bestrafung wegen Mißachtung des Gerichtes finden auf alle Verfügungen des Gerichtes Anwendung, die auf Grund dieses Gesetzes ergehen.“

g. Artikel 18 erhält folgende Fassung:

„ARTIKEL 18

Verfahren im Allgemeinen

1. Im Verfahren auf Grund dieses Gesetzes ist das Gericht nicht an Beweisregeln gebunden; es kann nach eigenem Ermessen alle Beweismittel zulassen, die darauf hinzielen, die für die Prozeßfragen erheblichen Umstände zu beweisen.

2. Sofern nicht Anderweitiges in diesem Gesetz vorgeschrieben ist, findet das Verfahrensrecht in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vor den amerikanischen Gerichten der Alliierten Hohen Kommission auf die gemäß diesem Gesetz eingeleiteten Verfahren und eingelegten Berufungen Anwendung.“

ARTIKEL 2

Dieses Gesetz findet im amerikanischen Sektor von Berlin Anwendung. Es tritt am 15. März 1951 in Kraft.

Ausgefertigt in

Frankfurt am Main, am 12. Februar 1951.

JOHN J. McCLOY

Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten für Deutschland

Amerikanischer Sektor von Berlin
Durchführungsverordnung Nr. 1

zum
Gesetz Nr. 7
des Hohen Kommissars der Vereinigten Staaten
(Berufungen in Rückerstattungssachen innerhalb des
amerikanischen Sektors von Berlin)

Der Hohe Kommissar der Vereinigten Staaten erläßt die folgende Durchführungsverordnung:

Artikel 1

Die Bestimmungen der Ausführungsverordnung Nr. 9 zum Gesetz Nr. 59 der Militärregierung (Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände) finden im amerikanischen Sektor von Berlin entsprechende Anwendung.

Artikel 2

Diese Durchführungsverordnung tritt mit Wirkung vom 15. August 1950 in Kraft.

Ausgefertigt in

Frankfurt am Main, am 12. Januar 1951.

JOHN J. McCLOY

Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten für Deutschland

AMERIKANISCHE ZONE

Ausführungsverordnung Nr. 9

zum
Gesetz Nr. 59 der Militärregierung
(Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände)

Der Hohe Kommissar der Vereinigten Staaten erläßt die folgende Ausführungsverordnung:

ARTIKEL 1

1. Auf Grund des Absatzes 2 des Artikels 3 der Ausführungsverordnung Nr. 7 zum Gesetz Nr. 59 der Militärregierung wird hiermit bestimmt, daß die gemäß Artikel 2 der Ausführungsverordnung Nr. 7 durch das Rückerstattungsberufungsgericht erlassenen Entscheidungen, Beschlüsse, Anordnungen, Urteile und Rechtsgutachten als veröffentlicht anzusehen sind, sobald eine Abschrift derselben bei dem Urkundsbeamten des Rückerstattungsberufungsgerichts hinterlegt ist. Diese Abschrift steht jedem zur Einsicht offen.

2. Vervielfältigung und Verteilung der obengenannten Entscheidungen, Beschlüsse, Anordnungen, Urteile und Rechtsgutachten erfolgen nach Maßgabe der Rechtsgang- und Verfahrensvorschriften des Rückerstattungsberufungsgerichts.

ARTIKEL 2

Diese Ausführungsverordnung findet in den Ländern Bayern, Bremen, Hessen und Württemberg-Baden Anwendung. Sie tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1950 in Kraft.

Ausgefertigt in

Frankfurt am Main, am 12. Januar 1951.

JOHN J. McCLOY

Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten für Deutschland

Militärregierung Berlin
(Britischer Sektor)

Verordnung Nr 203

zur Aufhebung der Verordnung über die Wiedereröffnung von Verwaltungsgerichten

Es wird hiermit angeordnet, daß die am 15. Dezember 1945 verkündete Verordnung über die Wiedereröffnung von Verwaltungsgerichten mit Wirkung vom 1. März 1951 außer Kraft gesetzt wird.

Ausgefertigt in Berlin am 26. Februar 1951.

G. K. BOURNE

General-Major

Oberbefehlshaber Berlin

(Britischer Sektor)

Anmerkung der Schriftleitung:

Es wird auf die Anmerkungen der Schriftleitung zum Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 8. Januar 1951 (VOBl. I S. 46) und zu der Anordnung des Amerikanischen Kommandanten — USCOB (51) 2 — vom 16. Januar 1951 (VOBl. I S. 81) hingewiesen.

Inhaltsverzeichnis vom Verordnungsblatt für Berlin Teil II Nr. 23 vom 28. Februar 1951

Senat		Bundesrepublik Deutschland	
Der Senator für Justiz		Einfuhrausschuß	
Bekanntmachungen der ordentlichen Gerichte	329	Verlautbarungen Nr. 895 bis 897	338
Aufsichtsamt für Banken		Ergänzungen zu den Verlautbarungen Nr. 737, 766, 800, 836 und 880	340
17. 1. 1951 Bekanntmachung über die Bereinigung von Wertpapieren gemäß § 6 Abs. 1 des Wertpapierbereinigungsgesetzes	337	Änderungen zu den Verlautbarungen Nr. 859 und 881	340
		Bekanntmachungen der Wirtschaft	340

Inhaltsverzeichnis vom Verordnungsblatt für Berlin Teil II Nr. 24 vom 6. März 1951

Senat		Der Senator für Gesundheitswesen	
Der Senator für Justiz		21. 2. 1951 Bekanntmachung betr. Lehrapotheken 1951/1953	
26. 2. 1951 Bekanntmachung des Patentamts Berlin über Freigabe der Gebrauchsmusterrolle	341	21. 2. 1951 Bekanntmachung über Erlöschen der Hühnerpest	342
Der Senator für Finanzen		1. 3. 1951 Bekanntmachung über Ausbruch der Schweinepest	342
1. 3. 1951 Bekanntmachung des Durchschnittskurses für den Monat Februar 1951	341	1. 3. 1951 Bekanntmachung über Erlöschen der Schweinepest	342
Der Senator für Wirtschaft und Ernährung		Bekanntmachung der Höchstpreise für Platin und Silber	
26. 2. 1951 Bekanntmachung über Zurücknahme einer Gewerbezulassung	341	342	
Der Senator für Arbeit		Bezirksämter	
14. 2. 1951 Bekanntmachung von Anträgen auf Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen	341	23. 2. 1951 Bekanntmachung des Bezirksamts Reinickendorf über Zurücknahme einer Gewerbezulassung	342
		26. 2. 1951 Bekanntmachung des Bezirksamts Wilmersdorf über Ungültigkeitserklärung einer Gewerbezulassung	342

Inhaltsverzeichnis vom Verordnungsblatt für Berlin Teil II Nr. 25 vom 8. März 1951

Senat		Polizei	
Der Senator für Inneres		2. 3. 1951	Bekanntmachung über Ungültigkeitserklärung von Waffenscheinen 353
28. 2. 1951	Öffentliche Aufforderung zur Anmeldung von Eigentumsrechten an sichergestellten Wohnungseinrichtungsgegenständen .. 343	Bezirksämter	
Der Senator für Finanzen		23. 2. 1951	Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises 353
27. 2. 1951	Öffentliche Versteigerung von Sportbooten 353	Berliner Kommission für Ansprüche auf Vermögenswerte laut Kontrollratdirektive Nr. 50	
Der Senator für Gesundheitswesen		3. 3. 1951	Bekanntmachung von Anspruchsanmeldungen auf Grund der Kontrollratdirektive Nr. 50 353
1. 3. 1951	Bekanntmachung über Ausbruch der Hühnerpest 353		
1. 3. 1951	Bekanntmachung über Erlöschen der Hühnerpest 353		

Inhaltsverzeichnis vom Verordnungsblatt für Berlin Teil II Nr. 26 vom 11. März 1951

Senat		Der Senator für Arbeit	
Der Senator für Justiz		3. 3. 1951	Bekanntmachung über Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen und über das Außerkraftsetzen eines allgemeinverbindlichen Tarifvertrages 356
6. 3. 1951	Bekanntmachung zur Liste der zugelassenen Rechtsanwälte 355	Der Senator für Gesundheitswesen	
Der Senator für Finanzen		3. 3. 1951	Bekanntmachung über Ausbruch der Schweinepest 356
5. 3. 1951	Bekanntmachung über Ausschlussfrist für die Anmeldung von Entschädigungsansprüchen aus Vorfällen oder Unfällen, die durch Angehörige oder Beschäftigte der britischen oder französischen Besatzungsmacht in der Zeit vom 1. August 1945 bis 20. September 1945 verursacht worden sind 355	Bekanntmachung der Höchstpreise für Platin und Silber 356	
6. 3. 1951	Übersicht über die Einnahmen an Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben für den Monat Februar 1951 355	Bekanntmachungen der Wirtschaft 356	

Inhaltsverzeichnis vom Verordnungsblatt für Berlin Teil II Nr. 27 vom 15. März 1951

Senat		Bezirksämter	
Der Senator für Justiz		1. 3. 1951	Bekanntmachung des Bezirksamts Reinickendorf über Außerkraftsetzung eines Gewerbeausweises 360
27. 2. 1951	Bekanntmachung über Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises 357	5. 3. 1951	Bekanntmachung des Bezirksamts Schöneberg über Zurücknahme einer Gewerbezulassung 360
Der Senator für Finanzen		5. 3. 1951	Bekanntmachung des Bezirksamts Tiergarten über Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels 360
12. 3. 1951	Öffentliche Versteigerung von Möbeln und Einrichtungsgegenständen 357	9. 3. 1951	Bekanntmachung des Bezirksamts Spandau über Grundstücksnumerierung 360
Der Senator für Arbeit		Öffentliche Ausschreibungen 360	
2. 3. 1951	Erstattung von Unfallanzeigen 357		
Bekanntmachung über Höchstpreise für Platin und Silber 360			

Inhaltsverzeichnis vom Verordnungsblatt für Berlin Teil II Nr. 28 vom 16. März 1951

Senat		Polizei	
Der Senator für Finanzen		8. und 9. 3. 1951	Bekanntmachungen über Ausbruch der Hühnerpest 362
5. 3. 1951	Öffentliche Aufforderung zur Anmeldung von Rechten an Möbeln und Einrichtungsgegenständen, die von der britischen Besatzungsmacht requiriert waren 361	8. und 9. 3. 1951	Bekanntmachungen über Erlöschen der Hühnerpest 362
Der Senator für Post- und Fernmeldewesen		10. 3. 1951	Bekanntmachung über Ausbruch der Maul- und Klauenseuche 362
12. 3. 1951	Liste Nr. 1 der „Allgemeinen Genehmigungen“ für Hochfrequenzgeräte 361	5. 3. 1951	Bekanntmachung über Freigabe einer Buchmachersicherheit 362
Der Senator für Gesundheitswesen		Bekanntmachung über Höchstpreise für Platin und Silber 362	
8. 3. 1951	Bekanntmachung über Ausbruch der Schweinepest 362	Bekanntmachung der Wirtschaft 362	